



Medienmitteilung

Mehr Transparenz stärkt die Akzeptanz von Gebühren

Initiativkomitee «JA zu fairen Gebühren» lanciert Abstimmungskampf

Zürich, 15. April 2015. Genug gerupft – mehr Demokratie und Transparenz! Dieses Ziel haben die kantonalen Volksinitiativen «JA zu fairen Gebühren», welche am 14. Juni zur Abstimmung kommen. Heute sind die Initianten vom Kantonalen Gewerbeverband Zürich KGV und HEV Kanton Zürich vor die Medien getreten und haben den Abstimmungskampf lanciert. Begleitet wurde der Kampagnenauftritt von einer Kundgebung mit namhaften Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft.

Rund 7 Milliarden Franken Gebührengelder fliessen jedes Jahr in die Kassen des Kantons Zürich und seiner Gemeinden – Tendenz steigend. Anders als bei den Steuern haben Parlament und Volk bei den Gebühren kein Mitspracherecht. «Die demokratische Kontrolle fehlt. Deshalb ist es für Exekutive und Verwaltung viel zu einfach, ohne grosse Widerstände Gebühren zu erhöhen», sagt Hans Egloff, Präsident HEV Kanton Zürich und Nationalrat SVP. Heute sei für die Bürger kaum ersichtlich, wofür und nach welchen Prinzipien Gebühren erlassen oder erhöht werden. «Wen wundert's da, dass je nach Kanton oder Gemeinde für ein und dieselbe Amtshandlung oftmals stark unterschiedlich hohe Gebühren erhoben werden», sagt Egloff.

Gebührenwahn muss gestoppt werden

Mit den Initiativen «JA zu fairen Gebühren» kann dieser Behördenwillkür ein Riegel geschoben werden: Gebühren müssen in Zukunft von Parlament oder Volk abgesegnet werden – gleich wie die Steuern. «Nur so erreichen wir bei den Gebühren eine demokratische Kontrolle», sagt Hans Rutschmann, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbands Zürich KGV. «Zudem muss die Berechnungsbasis von Gebühren transparent sein und sowohl Kostendeckungs- als auch Äquivalenzprinzip müssen eingehalten werden.»

Gemeindepräsidenten mit Steuergeldern gegen Demokratie

Einige Gemeindepräsidenten haben ein Komitee gegen die Initiativen gegründet. Finanziert wird deren Kampagne mit Beiträgen aus den Gemeindekassen. «Dass diese Gemeindepräsidenten mit Steuergeldern verhindern möchten, dass die Stimmbürger bei Gebühren ein Mitspracherecht erhalten, ist mehr als fragwürdig», sagt Bruno Walliser, Gemeindepräsident Volketswil. Die Initianten fordern das Gegenkomitee auf, den Abstimmungskampf mit privaten statt mit Steuergeldern zu führen.

Die Behauptung von Seiten Gemeinden, dass die Initiativen ihnen ein Gebührenerhebungsverbot auferlegen, können die Initianten entkräften: «Wir wollen die Gebühren nicht abschaffen», sagt Rutschmann. Ein Rechtsgutachten durch Prof. Dr. Thomas Poledna, Universität Zürich, bestätigt, dass die Gefahr eines Gebührenstopps klar und umfassend ausgeräumt werden kann. Sollte eine Gebühr nicht bewilligt oder der Gebührenkatalog abgelehnt werden, so bleibt die bisherige Gebührenordnung bzw. der bisherige Gebührenkatalog in Kraft. Für die Initianten ist klar: Die Initiativen «JA zu fairen Gebühren» legen die Gemeinden nicht lahm. Im Gegenteil: Wenn die Gemeindeversammlung über den Gebührenkatalog debattieren kann, dann stärkt das die Akzeptanz der Gebühren. Das schützt letztlich auch Exekutive und Verwaltung vor falschen Unterstellungen und Misstrauen.

Kontakt:



Thomas Hess, Geschäftsleiter
Mobile: 079 774 36 60
thomas.hess@kgv.ch



Hans Egloff, Präsident
Mobile: 079 474 85 39
egloff.hans@egloffpartner.ch

Hans Rutschmann, Präsident
Mobile: 079 403 22 41
hr@rutschmann.ch

Bilder können Sie bei christine.moser@communicators.ch bestellen.